

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 11 (1991)
Heft: 22

Artikel: Abschied von der Entwicklung? : Überlegungen zur Weltgesellschaft, zum transnationalen Kapitalismus und Entropie-Kolonialismus
Autor: Hischier, Guido
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Süd-Konflikt im Sudan; die Unterdrückung der Oromos und anderer Nicht-Abessinier durch Äthiopien sowie die Annexion von Eritrea 1962; Mali, Niger und Algerien versus Tuareg-Nomaden; Versklavung und Dekulturierung der San im südlichen Afrika usw.

Guido Hischier

Abschied von der Entwicklung?

Überlegungen zur Weltgesellschaft, zum transnationalen Kapitalismus und Entropie- Kolonialismus

Nicht vom Zentrum aus geschieht die Entwicklung, die Ränder brechen herein.
'Seht, da kommt der Träumer her.'
Morgen beherrscht er das Land.
'Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist gesetzt worden zum Eckstein.'

Ludwig Hohl

An der Weltwirtschaftsgipfelkonferenz, die im Juli dieses Jahres in London stattgefunden hat, haben die sich als die "neue Weltregierung" feiernden Staats- und Regierungschefs der "Gruppe der sieben" (G-7) führenden Industrienationen (USA, BRD, Japan, Frankreich, Grossbritannien, Kanada und Italien) einen Katalog(1) von gemeinsamen Werten vorgeschlagen, der ihnen als internationale Grundlage für eine "Neue Weltordnung" dient. Dieser Katalog umfasst "Demokratie", "Legalität", "rationales Wirtschaften" und schliesslich die Menschenrechte. Mit Ausnahme der Menschenrechte handelt es sich bei diesen Werten um teilweise schon recht alte Ladenhüter, welche die "Perspektive von oben", d.h. der reichen westlichen Nationen zur Geltung bringen und diese universalisieren sollen. Der instrumentelle Gebrauch, der von diesen Werten zum Zwecke der Integration der Entwicklungsländer in die von oben und aussen diktierte *neoliberale* Erwartungsstruktur gemacht wird, ist Teil einer Strategie, die aus der Krise der neokolonialen Weltordnung(2) herausführen soll.

Es erscheint mir nun aber als höchst bedenkenswert und zugleich symptomatisch für diese aktuelle Krisenüberwindungsstrategie, dass der *zentrale Wert* "Entwicklung", der in der Vergangenheit aufgrund seiner universalistischen Bedeutung wohl die einzige gemeinsame Verständigungsgrundlage für so etwas wie eine Gesellschaftsordnung auf Weltebene darstellte, im Katalog der Werte für die "Neuordnung" der "Welt" verschwindet. Der Abschied vom Entwicklungsbegriff ist folgeschwer: Er bedeutet die *Ausblen-*

dung der soziostrukturellen Perspektive auf die Weltgesellschaft(3) und damit der "Perspektive von unten", aus der betrachtet Entwicklung nie bloss eine Frage der ökonomischen Rationalität, d.h. des "vernünftigen" Wirtschaftens sein kann, sondern immer auch eine Frage der politischen Rationalität ist.

So einfach kann man sich allerdings des Entwicklungsbegriffes nicht entledigen. Wenn man nämlich die Entwicklungsländer dazu auffordert, sich an die neue Erwartungsstruktur anzupassen, indem man diesen gegenüber den Zusammenhang betont zwischen Menschenrechtspolitik, Respektierung demokratischer Spielregeln, weltmarktorientierter Wirtschaftspolitik auf der einen und Billiglohn-Attraktivität dieser Staaten für ausländische Investoren auf der anderen Seite, suggeriert man immer noch die Gültigkeit des Entwicklungswertes. Freilich muss man sich gerade in diesem Zusammenhang fragen, was unter Menschenrechtspolitik verstanden werden soll, wenn die Gewährung von Krediten von der Durchsetzung einer monetaristischen Wirtschaftspolitik à la IWF und Weltbank abhängig gemacht wird, welche die Attraktivität eines "Entwicklungslandes" für ausländische Investoren durch die förmliche Aushungerung seiner Bevölkerung zu steigern versucht. Und wo bleiben die Menschenrechte, wenn die von den sozialen und politischen Konsequenzen einer solchen "rationalen" Wirtschaftspolitik betroffenen Menschen an den Grenzen der reichen kapitalistischen Länder stehen und sich entwürdigenden Klassifikationskriterien unterziehen müssen, die darüber entscheiden, ob sie aufgenommen oder abgewiesen werden?

Die Krise der neokolonialen Weltordnung kann auf den von ihr selbst erzwungenen Verzicht auf eine nationale Entwicklung zurückgeführt werden, an der in der Vergangenheit auch die heute immer noch so genannten "Entwicklungsländer" partizipierten. Der Preis für diesen erzwungenen Verzicht ist heute vom imperialistischen Teil der Welt (USA, Westeuropa, Japan) (4) in Form eines *politischen Kontrollverlustes über die Dritte Welt* zu entrichten. Nachdem das von oben in Gang gesetzte Modernisierungsprojekt gescheitert ist, ist auch die kollektive Forderung von unten nach einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung" abgeblockt worden, die eine massive Umverteilung des Wohlstandes zwischen "entwickelten" und "unterentwickelten" Nationen angestrebt hatte. (5) Ein Kompromiss zwischen den beiden fundamental gegensätzlichen Prinzipien der *sozialen Gerechtigkeit* einerseits und der Aufrechterhaltung der weltweiten Ungleichheitsordnung auf der Basis der *Profitmaximierung* andererseits ist heute nirgends mehr in Sicht. Ein solcher noch einigermaßen gangbarer Kompromiss wurde im Rahmen der "meritokratischen" Weltordnung der fünfziger und sechziger Jahre mit Hilfe der UNO institutionalisiert. Seither hat sich die Funktion der UNO als eine weltweite internationale Institution für die Artikulation divergierender Interessen sichtlich verringert. Anstelle der UNO macht sich eine neue bellizistische Allianz von imperialistischen Staaten zum Anwalt einer "Neuen Weltordnung".

Die Krise der neokolonialen Weltordnung resultiert aber auch aus dem nahezu vollständigen Verlust der externen Legitimität der hochentwickelten

westlichen Länder in den Augen der Entwicklungsländer und sie verschärft den *Nord-Süd-Konflikt*. Diese Krise ist vielerorts erst nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR in ihrer vollen Tragweite sichtbar geworden. Durch den ökonomisch bedingten Rückzug der UdSSR aus den Konfliktregionen der Dritten Welt hat sich auch die bisherige *Geometrie der Blockfreiheit* verändert, die sich im Spannungsfeld zwischen den Supermächten und in Aequidistanz zwischen diesen definierte. An die Stelle der früheren Allianz zwischen Blockfreiheit und „Unterentwicklung“, welche die Grundlage für eine breite Solidarität der Entwicklungsländer bildete, ist ein recht instabiles System von zwischenstaatlichen Beziehungen getreten, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit von politisch-militärischen Konfrontationen zwischen diesen erhöht hat. Umgekehrt vermag auch die vorübergehende Geschlossenheit einer imperialistischen Allianz zum Schutze der „internationalen Rechtsordnung“ nicht darüber hinwegzutäuschen, dass der Prozess der *Hyperindustrialisierung* zwischen den verschiedenen Zentren der imperialistischen Macht sehr ungleichmässig verläuft und dadurch weitere Ursachen von inter-imperialistischen Rivalitäten und protektionistischen Tendenzen bis hin zu offenen Wirtschaftskriegen schafft.

Es ist bekannt, dass es im Verlaufe der achtziger Jahre zu einer signifikanten wirtschaftlichen *Machtverschiebung zugunsten Japans und Westeuropas* auf Kosten der USA gekommen ist. (6) Dies mag ein Grund dafür sein, warum die Teilnehmer aus Japan und Westeuropa am erwähnten Gipfeltreffen das Wort von der „Neuen Weltordnung“ möglichst zu vermeiden suchten, da es, wie die NZZ schrieb, doch „zu sehr nach Pax Americana schmeckt.“ (NZZ vom 17. Juli 1991). Die beiden wichtigsten Bezugsrahmen für relativ stabile zwischenstaatliche Beziehungen, nämlich das *internationale*, auf der Basis von Entwicklung geschichtete *System*, und das *politisch-militärische System*, basierend auf den Segmenten der beiden Supermächte einerseits und dem Segment der Blockfreien andererseits, sind heute an einem Punkt angelangt, wo sie ihre frühere Rolle nahezu vollständig zugunsten von partikulären, national generierten Interessen verloren haben. Das Vorherrschen solcher partikulärer Interessen hat zu einem in hohem Masse instabilen System von zwischenstaatlichen Interaktionen geführt. Angesichts *des entropischen Zustandes der gegenwärtigen Weltgesellschaft*, mit dem die USA als die einzige noch verbliebene Supermacht konfrontiert ist, mag das Bedürfnis nach einer Neuordnung der Welt zum Zwecke der Stabilisierung dieser zwischenstaatlichen Beziehungen verständlich sein.

Wie soll dies aber bewerkstelligt werden, wenn der zentrale Baustein für eine einigermaßen akzeptable Weltordnung, nämlich die *Entwicklung als Menschenrecht* im Interesse der Bevölkerung fehlt? Was nützt es, auf Menschenrechte zu rekurrieren, wenn einem immer grösser werdenden Teil der Weltbevölkerung das Recht auf Entwicklung verwehrt wird, wenn mit anderen Worten Anti-Entwicklung (7) und „Entwicklung durch Vernichtung“ zu systemischen Merkmalen einer neokolonialen Politik geworden sind, die sich ungebrochen und alle gegenteiligen humanitären Beteuerungen Lügen

strafend durchsetzt? Und nicht verdrängt werden darf, dass immer mehr Menschen auch in der sogenannten "zivilisierten Welt" des Westens und Nordens von formeller "Demokratie" und "Legalität" allein nicht mehr leben können!

Das Scheitern der Modernisierungsstrategie und die neue transnationale Kapitaldiktatur

Im Vergleich zum bitteren Vorgeschmack, den die gegenwärtige "*Pax Mercatoria*" dem Hunger in der Welt verleiht, hinterlässt die nun verflossene "*Pax Americana*" zumindest in der Erinnerung einen geradezu süßen Nachgeschmack, eine Erinnerung, die freilich nicht allein durch Coca Cola und Kaugummi wachgehalten wird... Dass der *Hunger als Waffe* gegen die Armen eingesetzt wird, ist historisch nicht neu. (8) Dass dies aber heute in welt-eroberndem Massstab geschieht und gleichzeitig durch die angeblich universelle Moral einer "freien Marktwirtschaft" gerechtfertigt wird, ist ein noch nie dagewesener *unerhörter Skandal*. Diese "universelle" Marktmoral läuft auf die Argumentation hinaus, dass nur diejenigen essen sollen, die sich selbst ernähren können. Dass sich alle ernähren können, wenn die Produktionsmittel nicht in den Händen einiger weniger konzentriert sind, wird heute mehr denn je als eine Ideologie denunziert, obwohl dies im bevölkerungsreichsten Land der Welt, nämlich China, ganz offensichtlich immer noch eine Realität ist. Die "universelle" Moral eines Marktterrorismus, welcher nach dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme in Osteuropa und der UdSSR Auftrieb erhalten hat, verhüllt nur schlecht das Scheitern der durch die "*Pax Americana*" geprägten "meritokratischen" Weltordnung, die Entwicklung vor allem als Modernisierung nach westlichem Vorbild verstand.

Die Geschichte des *Neokolonialismus*(9) ist zunächst die Geschichte des Umbaus der kolonialen, von Weissen beherrschten Kastensysteme in "moderne" Entwicklungsgesellschaften auf der Grundlage des legitimatorischen Konzepts der Entwicklung. Das Scheitern der Strategie der Modernisierung, die ihren Zenith bereits kurz nach Mitte der sechziger Jahre überschritten hat, kann nun aber nicht einfach auf den externen Druck zurückgeführt werden, der durch die sich herausbildenden *interorganisationellen Systeme der transnationalen Kapitalmacht* auf die Entwicklungsländer ausgeübt worden ist. Die Modernisierungsstrategie hat nämlich im Verlaufe kurzer Zeit selbst die Bedingungen erzeugt, die sie zum Scheitern verurteilt haben. Die enormen Erwartungen, die durch die Modernisierung geweckt worden waren, blieben für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unerfüllt, und die schmale Minderheit an der Macht, die von der "Entwicklung" profitierte, fühlte sich schon sehr bald von den auftretenden Spannungen überfordert und bedroht. Erst die *absehbaren sozialen und politischen Konsequenzen*, die aus diesen Spannungen resultierten, haben dazu geführt, dass die Adressaten des Modernisierungsprojekts, die sog. "modernisierenden Eliten", dieses mit dem mehr oder weniger expliziten Einverständnis ihrer Mentoren

zugunsten einer gänzlich neuen Form der Diktatur des Kapitals aufgegeben haben. Dieser fehlt im Gegensatz zum *früheren Modernisierungskapitalismus* jegliche Legitimationsgrundlage. Durch die Politik einer zunehmend technokratisch perfektionierten Repression, welche die Durchsetzung dieser *neuen Kapitaldiktatur* begleitet hat, konnte die Situation "vor Ort" zumindest teilweise "stabilisiert" werden, und zwar auf eine Art und Weise, die die siebziger und mehr noch die achtziger Jahre für die Menschen in weiten Teilen der Welt, wenn sie diese Repression überhaupt überlebt haben, zu verlorenen Jahrzehnten werden liess.

Wenn man heute, nachdem sich der transnationale Kapitalismus durchgesetzt hat, die Entwicklungsländer auffordert, sich dem Diktat der Weltbank- und IWF- Rahmenbedingungen "freiwillig" zu unterwerfen, geben die Vertreter der Industrienationen damit indirekt zu, dass Repression auf die Dauer kein wirksames Instrument der Verhaltenssteuerung darstellt und dass man, ähnlich wie dies von den früheren Modernisierungstheoretikern vorgeschlagen worden ist, zu subtileren Herrschaftsmechanismen zurückkehren muss, die eine Internalisierung der Verhaltenserwartungen erlauben, die man an die Bevölkerung stellt. Es ist meines Erachtens aber ein gewaltiger Irrtum, zu glauben, dass mit dem Übergang zu Legalität und Demokratie auch die *verlorengegangene Legitimationsgrundlage* wiederhergestellt wäre, die auf dem zentralen Wert der Entwicklung basierte.

Die zunehmenden Schwierigkeiten, die asymmetrischen Austauschbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie durch Entwicklung zu stabilisieren, sind der Ausgangspunkt des Nord-Süd-Konfliktes, der sich durch die zunehmenden Umweltschäden, die dem Industrialisierungsprinzip geschuldet sind, zusätzlich verschärft. Die "*Widersetzlichkeit der Peripherie*", wie es Giovanni Arrighi bezeichnet, und deren Folgeerscheinungen, allem voran die durch die OPEC- Strategie hervorgerufene "Oel-Krise", haben zusammen mit der Opposition der westeuropäischen Regierungen gegen den Dollar als universellem Zahlungsmittel (Zusammenbruch des Weltwährungssystems) zu einem ziemlich abrupten Ende der "Pax Americana", d.h. der formellen Hegemonie des US-Imperialismus geführt. "Nach 1973 wurde die formelle Herrschaft über das finanzielle und militärische Geschick der kapitalistischen Welt weitgehend durch die informelle Herrschaft der Marktkräfte ersetzt. Wenn wir immer noch von 'Krise' sprechen, so deswegen, weil dieser Übergang bei weitem noch nicht abgeschlossen ist, nach wie vor bildet der "Machtdualismus" zwischen dem US-Staat und dem Weltmarkt in allen Teilen der Welt eine Quelle beträchtlicher Instabilität und es ist noch nicht abzusehen, welche internationalen ökonomischen Strukturen und Institutionen sich herausbilden werden, um den Prozess der Kapitalakkumulation fortzusetzen." (10)

Die politisch-militärische Niederlage der USA im Vietnamkrieg besiegelte schliesslich das Ende der US-Hegemonie auch unter einem weit wichtigeren, weil substantiellen Gesichtspunkt: Dass nämlich gegen den unnachgiebigen Widerstand einer unterdrückten, hungernden Bevölkerung, die die Sicherstellung von Frieden und Grundbedürfnissen selbst in die Hand nimmt,

auf die Dauer auch mit Vernichtungskriegen und anderen illegitimen politisch-militärischen Interventionen nichts auszurichten ist.

Die Entwicklungsländer haben ihre Bereitschaft für eine "Lösung" des Nord-Süd-Konfliktes mit ihren Vorschlägen für eine *Neue Internationale Wirtschaftsordnung* und eine *Neue Internationale Informationsordnung* seither wiederholt bekundet. Solange die darin enthaltenen Forderungen von den hochentwickelten Ländern als nicht legitim betrachtet werden, wird es natürlich auch keine Lösung des Konfliktes geben und wird die Peripherie "widerspenstig" bleiben. Die *Entwicklungspolitik*, die zumindest in der Vergangenheit auf eine gewisse Stabilisierung der asymmetrischen Beziehungen zwischen den hochentwickelten Ländern und den Entwicklungsländern abzielte, steht seither *in einem leeren Raum* in dem staatliche und nicht staatliche Hilfswerke operieren müssen, die am Grundproblem, nämlich der verlorengegangenen Legitimationsgrundlage der hochentwickelten Welt in der Peripherie nur sehr wenig bis gar nichts mehr zu ändern vermögen.(11)

Die Internationalisierung und später Multinationalisierung des Kapitals hat nicht nur die Entwicklungsunterschiede und die darauf basierenden asymmetrischen Austauschbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie, sondern auch innerhalb der Peripherie selbst vertieft. Der *transnationale Kapitalismus* hat mit anderen Worten eine *neue Polarisierung* der Weltgesellschaft bewirkt in jene Teile, die über die weltweiten interorganisationellen Systeme der *multinationalen Korporationen und transnationalen Finanzorganisationen* immer stärker in die Weltwirtschaft integriert worden sind, und andere, immer grösser werdende Teile, die gegenüber der Weltwirtschaft *marginalisiert* werden. Dies bedeutet, dass sich die *klassische internationale Arbeitsteilung* und damit die Rolle, die die einzelnen nationalen Staaten darin spielen, grundlegend verändert haben. Man muss sich bewusst sein, dass sich bereits mehr als die Hälfte aller internationalen Austauschbeziehungen im Rahmen der *konzerninternen Arbeitsteilung* abspielen, die zwischen den jeweiligen Muttergesellschaften im Zentrum und ihren Tochtergesellschaften in der Peripherie besteht.

Um die Zentren der imperialistischen Macht, welche sich die steuerungsintensiven Tätigkeiten auf den Gebieten der Automation, Elektronik, Atomenergie, Gentechnologie und andere ultramoderne Aktivitäten vorbehalten, hat sich eine Art *Peripherie zweiter Ordnung* gebildet, wo sich die beschäftigungsintensiven Tätigkeiten auf den Gebieten der klassischen Industrieproduktion einschliesslich der Investitionsgüterproduktion konzentrieren. Der Kapitalexport, d.h. die Abwälzung von industriellen Produktionsaktivitäten, die das monopolistische Wachstum im Zentrum behindern, in die weniger entwickelten Länder, hat den Import von Waren aus der Peripherie ja nicht ersetzt, sondern diesem, wie dies Samir Amin treffend bemerkt, einen "Peitschenhieb" versetzt: Die Peripherie exportiert bekanntlich schon längst nicht mehr allein agrarische und mineralische Rohstoffe, sondern sie ist, soweit sie in die vom transnationalen Kapitalismus beherrschte Arbeitsteilung integriert worden ist, zum Exporteur von Produkten geworden, die aus modernen kapitalistischen Unternehmen mit einer

hohen Produktivität stammen.

Die *klassische Peripherie*, die sich weiterhin auf den Export von Rohstoffen und Landwirtschaftsprodukten "spezialisiert", befindet sich heute zwischen dieser Peripherie zweiter Ordnung und den *immer grösser werdenden Rändern*, die von dieser weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ausgeschieden worden sind. Die Menschen an diesen Rändern sind unfreiwillig in den sog. "*informellen Sektor*" abgedrängt worden, der sicherlich nicht durch irgend eine "Kapitallogik" gesteuert wird. Es wird deshalb auch niemand behaupten, dass diese Ränder heute ein integrierter Bestandteil eines wie auch immer gearteten "kapitalistischen Weltsystems" darstellen! Demgegenüber möchte ich aber mit aller Entschiedenheit daran festhalten, dass diese Ränder immer noch Teil der Weltgesellschaft sind und dass sie diese auf teilweise recht unvorhergesehene Weise mitgestalten werden!

Die Restrukturierung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung durch den transnationalen Kapitalismus hat nicht nur die bisherige Geometrie des Imperialismus verändert, sondern in dem Masse, wie über die *Innovationspolitik der grossen multinationalen Korporationen* die sog. "graue Materie", zum Hauptfaktor des Wachstums wird, verändert sich auch die Definition des Imperialismus. Als Imperialismus hat man zunächst die Okkupation fremder Territorien und die direkte politisch-militärische Kontrolle der dort ansässigen Bevölkerung verstanden, einschliesslich der damit verbundenen systematischen Vertreibungs-, Umsiedlungs- und Ausrottungspolitik.

Nach dem Ende des Kolonialismus hat man darunter die Fortsetzung dieser Politik mit anderen Mitteln verstanden, die ökonomischer, technologischer und politisch-diplomatischer (und wenn erforderlich auch militärischer) Natur waren und die zunächst durch die imperialistischen Staaten und dann immer mehr durch die multinationalen Korporationen und die mit ihnen assoziierten internationalen und transnationalen Organisationen vermittelt waren. Zur Bezeichnung dieser Form der imperialistischen Machtausübung über das Medium von weltweit tätigen Organisationen hat man den Begriff des *Neokolonialismus* verwendet. Dieser organisationelle Imperialismus steht heute im Begriff, in eine Herrschaftsform überzugehen, in der die transnationale Kommunikation zum entscheidenden Mittel der Verhaltenssteuerung wird. Etwas unvoreiliger, was die Fortsetzung der imperialistischen Machtausübung auf diesem Wege betrifft, möchte ich nun diese letzte Phase des Imperialismus nicht einfach als Neo-Neo-Kolonialismus bezeichnen, wie Johan Galtung dies tut⁽¹²⁾, sondern ich verwende dafür den weniger verfänglichen Begriff des Entropie-Kolonialismus. Es ist ein Kolonialismus, der seine Grundlagen und damit sich selbst zerstört!

Ist die Zerstörung der Weltgesellschaft durch den Entropie-Kolonialismus unabwendbar?

Die Menschheit wird heute vor allem durch die Massenmedien förmlich mit apokalyptischen Visionen überschwemmt, die ihr weismachen sollen, dass "wir" alle gemeinsam untergehen werden, wenn es nicht gelingt, mit Hilfe ei-

ner gemeinsamen kollektiven Anstrengung die immer drängender werden- den Weltprobleme zu lösen. Nachdem der sogenannte "zivilisatorische Prozess" und das Zerstörungswerk, das er in 500 Jahren Kolonialismus und Neokolonialismus vollbracht hat, an einem Wendepunkt angelangt sind und die Eroberung des "Aussenraums" (Einschliesslich eines winzigen Teils des Weltraums) sichtlich auf Grenzen stösst, dürfte in Zukunft die Erschliessung des "Binnenraums" in den Vordergrund rücken, d.h. die Nutzbarmachung des *immensen Potentials der menschlichen, individuellen und gesamtgesellschaftlichen Lern- und Neuerungs-fähigkeit*, mit dessen Hilfe diese kollektive Anstrengung (vielleicht) doch noch gelingen wird. Selbstverständlich kommt hier ein utopisches Moment ins Spiel, ohne das es sinnlos wäre, vom "Sturm und Drang" einer *globalen Revolution*(13) zu sprechen. Wie bei allen Revolutionen ist die entscheidende Frage die, auf welchen ökonomisch- technologischen Grundlagen diese kollektive Anstrengung erfolgen und mit Hilfe welcher politisch-administrativer Strukturen sie koordiniert werden und wie schliesslich der Nutzen, der daraus resultiert, auf die Menschen verteilt werden soll.

Aufgrund des Fehlens einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage auf der Basis des zentralen Wertes der Entwicklung ist man sich schon seit geraumer Zeit in diesen entscheidenden Fragen alles andere als einig, so dass es äusserst schwierig wird, vorauszusagen, ob es sich bei dieser globalen Revolution einfach um eine Art von "diskontinuierlichem", von oben her gesteuertem Wandel im Interesse der Wiederherstellung der verlorengegangenen Legitimationsgrundlage der westlichen Welt handelt, oder ob es sich dabei nicht vielmehr um einen grundlegenden *Strukturwandel* der Weltgesellschaft von unten her handelt.

Die Wahrnehmung der zunehmenden "*Unberechenbarkeit*" der Weltgesellschaft, die mit derart gegensätzlichen Perspektiven einhergeht, hat nicht nur in den hochentwickelten Ländern, sondern auch in den Entwicklungsländern die Umsetzung von national aggregierten Ressourcen in Rüstungs- und andere Technologiegüter beschleunigt, die als Instrumente der politisch-militärischen Macht eingesetzt werden können, und zwar auf Kosten einer Entwicklung, die in der Vergangenheit zumindest partiell auch der Bevölkerung zugute kam. Durch die Demonstration der gewaltigen Kriegsmaschinerien ist der *Neo-Imperialismus*, sprich Entropie-Kolonialismus, auch zu einer Art von *Geisteszustand* geworden, der sich in Form von *Angst* in den Menschen abgelagert hat und sie von innen her knechtet.(14) Es ist nicht Sprachlosigkeit oder Bevormundung, sondern diese Angst, die die schweigende Mehrheit, ihre Indolenz und damit verbundene Gleichgültigkeit gegenüber der Dritten Welt hervorgebracht hat. Es ist nicht verwunderlich, wenn sich dieser Geisteszustand heute als noch weniger "globalisierungsfähig" erweist, als dies in der Vergangenheit mit den westlich geprägten Entwicklungsmodellen der Fall war!

Eines ist sicher: Die *Dialektik zwischen Anpassung und Widerstand* gegenüber den imperialistischen Versuchen zur Verhaltenssteuerung läuft heute nicht mehr einfach quer durch das Gestrüpp von irgendwelchen

Dschungeln hindurch, sondern sie läuft quer durch die vom "electronic imperialism" zu Herrschaftszwecken aufbereiteten Codes (Wahrnehmungsmuster) hindurch, mit Hilfe derer man sich über die Hauptspannungslinien und deren Verlagerungen innerhalb der Weltgesellschaft zu verständigen oder eben hinwegzutäuschen versucht. Eine, und zweifelsohne die wichtigste Spannungslinie verläuft heute vom Süden in den Norden und damit von den *Rändern der Weltgesellschaft in die Zentren des transnationalen Kapitalismus*. Seine Durchsetzung durch die sich heute an der Macht befindende Kapitalistengeneration ist in den vergangenen zwanzig Jahren überall auf der Welt, am meisten aber in den Ländern, die ein mittleres Entwicklungsniveau erreicht haben, von einer Zunahme der Klassenauseinandersetzungen begleitet gewesen, die eine weitere Integration dieser Länder in die Peripherie zweiter Ordnung äusserst schwierig gemacht hat.

In diesem fundamentalen Widerspruch ist die Krise der neokolonialen Weltordnung begründet (15), die nunmehr über den Umweg von "gemeinsamen" Lösungen der Umweltproblematik überwunden werden soll. So schlägt man etwa unter dem Stichwort der "*nachhaltigen Entwicklung*" den Entwicklungsländern die Verteilung von handelbaren Emissionszertifikaten nach amerikanischem Muster vor, als ob es in diesen Ländern, wie übrigens auch in den hochentwickelten Ländern, nichts anderes zu verteilen gäbe! Es erstaunt nicht, dass der Süden von derartigem Ansinnen nichts wissen will, solange sich hinter dieser "nachhaltigen Entwicklung" die selbe arrogante Vogelfriss-oder-stirb!-Politik verbirgt, die aus der Warte der NZZ wie folgt tönt: "Aber auch die *Aspirationen der Dritten und Vierten Welt* präsentieren sich aus dieser Warte in einem neuen Licht. Insbesondere könnte Nachhaltigkeit der Entwicklung für den "armen" Süden auf die Dauer nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als dass das traditionelle entwicklungspolitische Szenario revidiert und unter Umständen *radikal zurückbuchstabiert* werden muss." (16)

Eine derartige Arroganz der Wohlstandsfestung gepaart mit entwicklungspolitischem Unverstand vermag man nur auf dem Hintergrund der tiefgreifenden Entlegitimierung des reichen Nordens in den Augen des "armen" Südens zu erklären, welche ersteren heute zur verzweifelten Suche nach neuen Rechtfertigungsstrategien zwingt. Obwohl die Maschinerien bereits auf Touren gebracht sind, die den ideologischen Zement anrühren, der die morsch gewordenen bzw. nicht mehr vorhandenen Pfeiler der Hegemonie des Nordens durch angeblich umweltfreundlichere Betonpfeiler ersetzen soll, ist es heute mehr als fraglich, dass mit dem Herrschaftscode der "nachhaltigen" Entwicklung der politische Kontrollverlust des Zentrums über die Peripherie im Interesse einer "permanenzfähigen" Weltgesellschaft auch nur in Ansätzen wettzumachen wäre.

Meiner Ansicht nach ist die Zeit der entwicklungspolitischen Fiktionen, mit denen die Herrschaft des weltweiten Kapitalismus weiter inszeniert werden soll, in weiten Teilen der Welt bereits abgelaufen. Es handelt sich heute um nichts mehr und nichts weniger als eine *transkapitalistische Realität*, die von allen Ecken und Enden der "Neuen Welt" in die "Alte Welt" herein-

bricht. Das *Hereinbrechen der Ränder* wird durch ein Potential bewirkt, dessen Umsetzung in eine transkapitalistische Realität mit dem Begriff der *endogenen Entwicklung* bezeichnet wird. Dieser Begriff ist der von "oben und aussen" gesteuerten "nachhaltigen Entwicklung" diametral entgegengesetzt, weil er die Perspektive "von unten" zum Ausdruck bringt und an die Stelle von Abhängigkeit und Fremdbestimmung die *Selbststeuerung durch Autonomie* setzt.

Wie immer, wenn sich die Herrschenden nicht nur in einer vermeintlichen, sondern in einer realen Gefahr befinden, werden die Prinzipien zur Herrschaftssicherung zu Schicksalsfragen erklärt. Dies gilt auch für das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung, das laut NZZ angeblich zur "Schicksalsfrage nicht nur für den Süden, sondern ebenso für den Norden, der schon heute unter der globalen Migrationswelle ächzt", geworden sein soll. Von einer solchen Auffassung bin ich weit entfernt, da ich nicht glaube, dass die Weltgesellschaft in der kurzen Zeit, seit es sie gibt, jemals eine *Schicksalsgemeinschaft* war, noch eine solche jemals sein kann.

Der Begriff der endogenen Entwicklung trägt der Tatsache Rechnung, dass es zwar nur eine einzige Weltgesellschaft gibt, dass diese aber gerade heute noch einiges mehr umfasst als das, was sich durch "rechtsetzende Kontrollmechanismen" und "marktwirtschaftliche Systeme" im Interesse der Macht von oben her steuern liesse. Wie allerneueste Forschungsergebnisse zeigen, die im übrigen mit Hilfe der Methode der beobachtenden Teilnahme ermittelt worden sind, lässt sich das Problem der hereinbrechenden Ränder auch in den hochentwickelten Ländern heute nicht mehr einfach auf dem Vorschriftswege lösen.(17)

Was bleibt der "Alten Welt" übrig? Sie kann versuchen und sie ist auf dem besten Wege dazu, eine Art von *Welt-Apartheids-Regime*(18) zu errichten, das die Allianz zwischen dem "weissen" Westen und dem transnationalen Kapitalismus durch den Rückgriff auf zugeschriebene rassistische und kulturelle Merkmale, auf denen der westliche "Überlegenheitsanspruch" beruht, gegenüber dem "Rest" der Welt abzusichern versucht. Dadurch würde die bereits bestehende Aufteilung der Welt in eine Erste, Zweite, Dritte und Vierte Welt kastenmässig fixiert: Die Reichen würden reich bleiben und die Armen würden noch ärmer! Ein solches Welt-Apartheids-Regime hat meines Erachtens keine Chance, da es bekanntlich auch noch eine "*Fünfte Welt*" gibt, die nun ebenfalls an allen Ecken und Enden der Welt tätig ist und die nur in geringem Masse oder gar keiner Herrschaft verpflichtet ist und sich ebenso gut wie diese der weltweit vorhandenen Kommunikationsmöglichkeiten zu bedienen vermag.

Die Schlussfolgerung, die sich aus meinen Überlegungen ziehen lässt, ist kurz: Die Zerstörung der Weltgesellschaft durch den Entropie-Kolonialismus schlägt über die hereinbrechenden Ränder in einen umfassenden Prozess der Dekolonialisierung dieser globalen Gesellschaft um. Der Baustein der Entwicklung, den die eingangs erwähnten Bauleute verworfen haben, wird in der Tat zum Eckstein einer wirklich neuen Weltordnung gesetzt, nun allerdings genau umgekehrt, als dies in der alten Weltordnung der Fall war,

die nach dem ersten Dekolonisierungsprozess erbaut worden ist. An die Stelle einer von oben und aussen, d.h. exogen gesteuerten Entwicklung tritt eine endogene Entwicklung, die von unten, d.h. von der Basis kommt und die einem einzigen Prinzip gehorcht, nämlich der auf der unabdingbaren Würde des Menschen errichteten Autonomie.

Die Gesetze der Statik der neuen Weltordnung erfordern dies, soll nicht die grosse Mehrheit wiederum und weiterhin von einer kleinen Minderheit unterdrückt, ausgebeutet und ausgeschlossen werden. Die Entwicklung, die wirklich Zukunft hat, wird endogen sein, oder sie wird überhaupt nicht sein! Wer sich um die Antwort auf diese wichtigste aller Fragen herumdrückt, den straft das Leben auch, zwar nicht sofort (=subito), aber noch frühzeitig genug. Und gerade deshalb bin ich der Ansicht, dass in einer neuen Weltordnung, welche jenseits von Entropie-Kolonialismus und Geschwindigkeitsdiktatur angestrebt wird, das *Recht auf Langsamkeit als ein Menschenrecht* entscheidend sein wird.

Nehmen wir dieses Recht – gegebenenfalls auch ohne Widerspruch – in Anspruch!

* Das Zitat von Ludwig Hohl stammt aus dem Buch "Dass fast alles anders ist". Walter Verlag Olten 1967.

Der vorliegende Beitrag wurde von der Muriel-Eva-Fischer Stiftung unterstützt. Insbesondere danke ich dem Schriftsteller Hans-Ulrich Müller für seine wertvollen Anregungen. Für die wie gewohnt lockere und gerade deshalb höchst verbindliche Zusammenarbeit mit der Redaktion des "Widerspruch" danke ich Pierre Franzen, Urs Sekinger und Walter Schöni. Eine englische Version des Beitrags erscheint in den "New World Society Studies" Vol.13, The John Hitchcock University Press, Idaho City.

Anmerkungen

- 1) vgl. NZZ Nlr. 164, 18. Juli 1991. Von Gipfel zu Gipfel in London. Für eine neue Weltordnung auf gemeinsamer Wertbasis. Und: NZZ, Nr. 163, 17. Juli 1991. Politische Botschaften vom Londoner Gipfel.
- 2) vgl. G. Hirsch: Die Krise der neokolonialen Weltordnung. Überlegungen zu einer Theorie der hereinbrechenden Ränder. In: Widerspruch Nr. 21, Juni 1991.
- 3) vgl. P. Heintz: Die Weltgesellschaft im Spiegel der Ereignisse. Diessenhofen: Ruegger 1982
- 4) vgl. E. Altvater: Universalismus, Unipolarität, Polarisierung. Widersprüchliche Strukturprinzipien einer neuen Weltordnung. In: Prokla, Heft 84, Berlin 1991.
- 5) vgl. D. Boris: Aspekte divergierender kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt. In: Z. Zeitschrift marxistischer Erneuerung, Heft 6, Frankfurt 1991.
- 6) vgl. J. Hippler: Die Neue Weltordnung. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1991.
- 7) vgl. R. Falk: Das Projekt "Befreiungshilfe". Umriss einer alternativen Nord-Süd-Politik. In: Widerspruch Sonderband 2: Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital, 2. Aufl. Zürich 1989.
- 8) vgl. E. Altvater: Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution. In: Prokla, Heft 44, Berlin 1981.
- 9) vgl. A.G. Frank, M. Fuentes-Frank: Widerstand im Weltsystem. Promedia, Wien 1990.
- 10) vgl. G. Arrighi: Eine Krise der Hegemonie. In: Amin S. u.a.: Dynamik der globalen Krise. Westdeutscher Verlag, Opladen 1986.
- 11) Die Spaltung der Schweizerischen Hilfswerke an der Frage eines Beitritts der Schweiz zum

IWF deutet darauf hin, dass zumindest ein Teil dieser Hilfswerke heute nicht mehr bereit ist, eine Entwicklungspolitik mitzutragen, die mit der halben Hand gibt, was die tausend unsichtbaren Hände der "freien Marktwirtschaft", die diese Entwicklungspolitik in ihrem Würgegriff halten, wieder nehmen.

- 2) vgl. J. Galtung: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: D. Senghaas (Hsg.) Imperialismus und strukturelle Gewalt. Frankfurt a/M. 1972.
- 3) vgl. Die globale Revolution. Bericht des Club of Rome, Spiegel Spezial, September 1991.
- 4) vgl. M. Züfle: Angst. Miszellen zu einem verächtlichen Thema. In: Widerspruch, Heft 9, Psychokultur zwischen Angst, Macht und Utopie; 3. Auflage, Zürich 1985.
- 5) vgl. P. Heintz u. G. Hirsch: Nationale Entwicklung und Integration in die Weltwirtschaft. In: P. Heinz (Hg.): Endogene Entwicklung. Wirklichkeit und Ideologie. Diessenhofen 1983.
- 6) vgl. NZZ Nr. 85, 13./14. April 1991. Entwicklungspolitische Anleihen auf die Zukunft.
- 7) vgl. Zawislak, B. et al: Die vorgeschriebenen Ränder. Zur Dialektik von Selbstschutz und Staatsschutz, Ghetto Verlag, Warschau und Zürich (in Vorbereitung).
- 8) vgl. Susan George über den (Un-)Geist der Bretton-Woods Institutionen und "kreative Schuldentilgung" in: WOZ Nr. 42, 18. Okt. 1991.

Elmar Altvater

Die Zukunft des Marktes

Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus.

1991 - 386 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-48-4

Johannes Gröll

Das moralische bürgerliche Subjekt

1991 - 219 S. - DM 29,80 - ISBN 3-924550-49-2

Nachweise werden an sogenannten klassischen bürgerlichen Theorien erbracht - von Kant zu Hegel und Marx, von Rousseau bis zu Freud und Adorno.

Heide Mertens

Wunschkind.

Natur, Vernunft und Politik

1991 - 249 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-60-3

Ein Plädoyer für mehr Selbstbestimmung der Frauen über den eigenen Körper und mehr gesellschaftliche Verantwortung für die Kinder.

Rainer E. Zimmermann (Hrsg.)

Das Sartre-Jahrbuch Zwei

1991 - ca. 150 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-58-1

Das Jahrbuch der Deutschen
Sartre-Gesellschaft

Verlag Westfälisches Dampfboot

Gesamtverzeichnisse beim Verlag - 4400 Münster - Dorotheenstr 26a - 0251/ 6086080